

Vertrauen bilden – Jamaika wagen

GASTBEITRAG Ein Bündnis aus Union, FDP und Grünen ist nicht ohne Risiken – aber einen Versuch wert

Von Dirk Metz

Politische Bündnisse leben von Vertrauen. Vertrauen ist nicht alles, aber ohne Vertrauen ist alles nichts, selbst der schönste inhaltliche Kompromiss. Die Bewährungsprobe kommt nicht am Tag der Unterzeichnung eines Koalitionsvertrages, sondern wenn Ereignisse eintreten, die bei der Regierungsbildung nicht absehbar waren. Die kommen so sicher wie das Amen in der Kirche.

Ein Bündnis kann auch nur erfolgreich sein, wenn die Partner zum Erfolg entschlossen sind und nicht permanent Klage führen, welche Konstellation ihnen lieber gewesen wäre. So wie in Hessen: CDU und Grüne haben eine vertrauensvolle Basis für vier Jahre gefunden, wie auf Knopfdruck alte Animositäten zur Seite gelegt, um das Land fünf Jahre miteinander zu regieren. Dass beide Parteien unterschiedliche Grundüberzeugungen haben, wer will das schon bestreiten. Sollten Volker Bouffier und Tarek Al-Wazir wie 15,7 Millionen Bürger vor der Bundestagswahl den Wahl-O-Maten genutzt haben, spricht sicher



Unser Gastautor

Dirk Metz ist Inhaber einer Agentur für Kommunikation und Krisenkommunikation. Zuvor war der gelernte Journalist elf Jahre Staatssekretär und Sprecher des hessischen Landesregierung.

Foto: Metz

»Koalitionen müssen wetterfeste Bündnisse auf Zeit sein.«

nicht viel dafür, dass bei Bouffier als Zweit- oder Drittpräferenz die Grünen und bei Al-Wazir als Zweit- oder Drittpräferenz die CDU angezeigt wurden. Geschenk: Koalitionen müssen wetterfeste Bündnisse auf Zeit sein. Mit klaren Absprachen, mit unbestrittener Führung, die ihre jeweilige Partei nicht autoritär, aber mit Autorität führen. Und mit Vertrauen als wichtigster Grundlage der Zusammenarbeit.

Keine Liebesheirat, aber eindeutiger Wählerauftrag

Ja, das wird schwer in Berlin. Nicht nur weil die Themen andere sind als auf Landesebene, wo sich Koalitionen notfalls im Bundesrat in die Nicht-Teilnahme an Abstimmungen retten können. Die CDU, die am Wahlabend trotz 8,5 Prozent Verlust noch skurrile „Voll-Muttiviert“-Schilder im Konrad-Adenauer-Haus schwenkte, hat inzwischen gemerkt, dass sie einer der Wahlverlierer ist. Die CSU scheint völlig durch den Wind und steht unter dem riesigen Druck der kommenden Landtagswahl. Die Grünen, die ihr Führungsproblem

seit langem durch Doppelspitzen-Lösungen im Rechts-Links-Modus zu bewältigen versuchen und jetzt vor der Frage stehen, ob ihre Partei den Weg nach Jamaika ohne Wenn und Aber mitgehen wird. Und bei der FDP, unbestritten ein Wahlsieger mit eindeutiger Führungsfigur, bleibt die Sorge, ob sie wie seinerzeit 2009 abhebt.

Ja, es ist eine sehr spezielle Ausgangsbasis für eine Regierungsbildung. Es muss auch keine Liebesheirat werden – aber wenn die Wählerinnen und Wähler gesprochen haben, gebietet schon der Respekt diesen Auftrag anzunehmen.

Die dreieinhalb Partner werden und sollten es also mit Jamaika versuchen. Das wird nicht leicht, denn über allem schwebt die AfD. Das Wahlergebnis hat viel mit der Flüchtlingswelle und dem Kontrollverlust an den Grenzen und im Land zu tun. Die neue Regierung muss – jenseits des untauglichen Begriffs der Obergrenze – handeln, um eine Wiederholung von 2015 auszuschließen. Und sie muss endlich durchsetzen, dass Flüchtlinge, die Straftaten ver-

üben, konsequent abgeschoben beziehungsweise abgeurteilt werden. Jeder erneut straffällig gewordene Flüchtling erschüttert das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik und ist Wasser auf die Mühlen der AfD. Dass müssen Union, FDP und Grüne bedenken und es muss sie nicht trennen – denn auch die Grünen-Politiker Kretschmann und Palmer teilen diese Sorge sicherlich.

Aber die Bundesregierung muss sich auch um die Infrastruktur kümmern: In ländlichen Regionen, nicht nur im Osten, fühlen sich Menschen vernachlässigt. Schließung von Behörden und Gerichten, immer schlechtere Versorgung mit Dienstleistungen aller Art und das Internet lahm. Auch das hat zum Aufschrei von Wählern beigetragen.

Es gibt also viel zu tun für Jamaika! Natürlich ist ein Scheitern nie ausgeschlossen, aber nach monatelangem Ringen offenbaren zu müssen, dass der Wähler es neu richten soll, wäre ein Eingeständnis des Versagens – und Doping für eine AfD, die außer Protest nichts zu bieten hat!